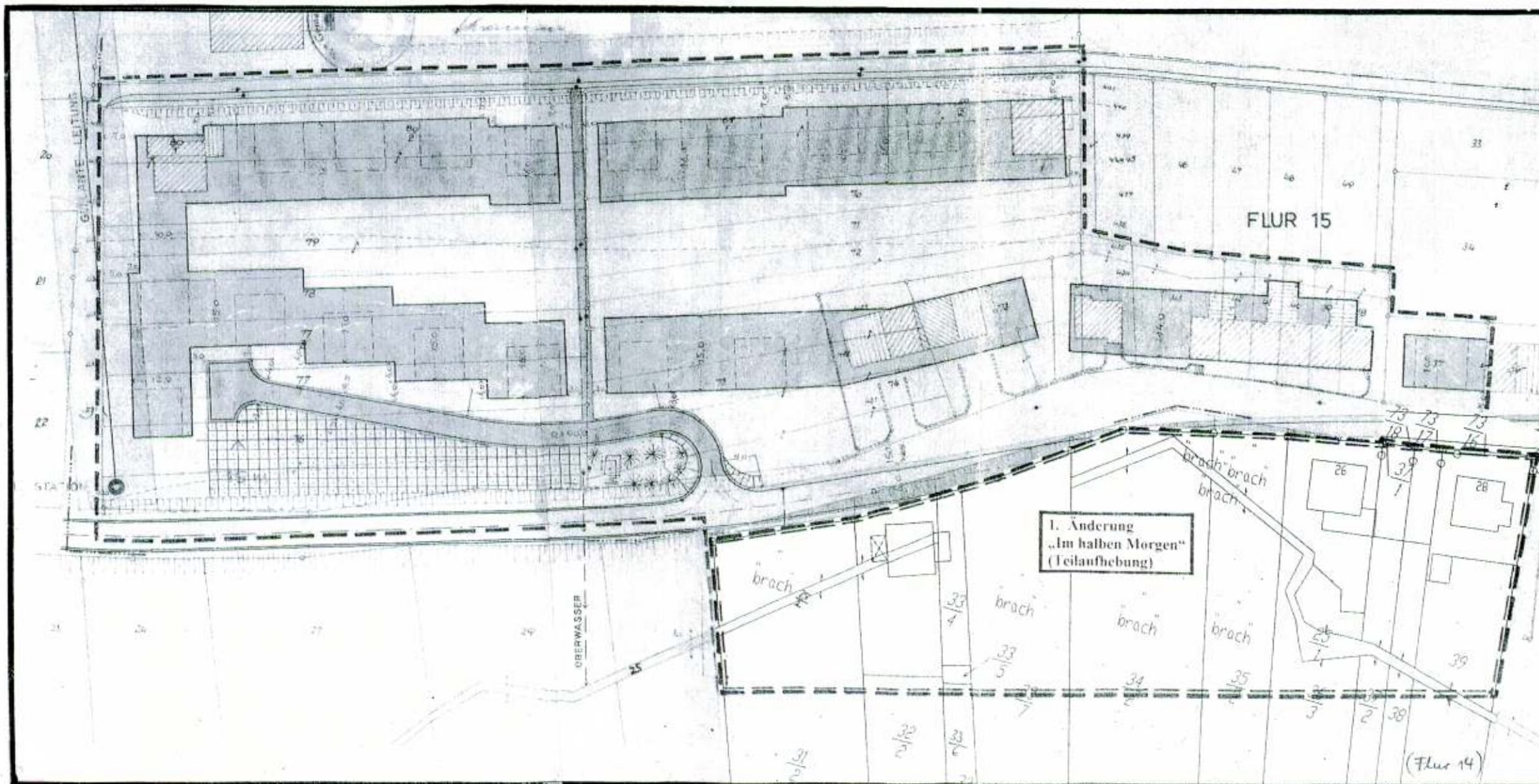


- Original -

# 1. Änderung des Bebauungsplanes „Im halben Morgen“ (Teilaufhebung) - Ortsgemeinde Greimerath -

Maßstab ca. 1 : 1.000

=== = Geltungsbereich



## Aufstellungsbeschluss / Auslegung

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Greimerath hat am 16.07.2003 beschlossen, den Bebauungsplan „Im halben Morgen“ im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB zu ändern.

Die betroffenen Bürger hatten durch öffentliche Auslegung in der Zeit vom 08.08.03 bis zum 08.09.03 Gelegenheit, sich über die Planung zu informieren und ihre Anregungen zu äußern.

Parallel dazu wurden die Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt werden, am 29.07.2003 über die Planung informiert, mit der Möglichkeit, hierzu eine Stellungnahme abzugeben.

Die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB wurde am 31.07.2003 öffentlich bekanntgemacht.

Greimerath, den 05.01.04  
*J. Lemelbe*  
(Ortsbürgermeister)



Der Gemeinderat Greimerath hat am 22.10.2003 die Änderung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Greimerath, den 05.01.04  
*J. Lemelbe*  
(Ortsbürgermeister)



## Ausfertigung

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhaltes dieser 1. Änderung des Bebauungsplanes „Im halben Morgen“ (Teilaufhebung) mit dem Willen des Gemeinderates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes werden hiermit bekundet.

Greimerath, den 05.01.2004  
*J. Lemelbe*  
(Ortsbürgermeister)



## Bekanntmachungsanordnung

Die ortsübliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des § 10 BauGB angeordnet.

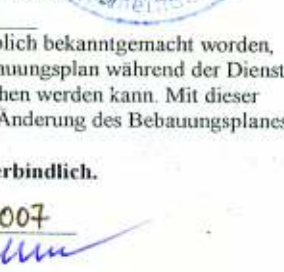
Greimerath, den 05.01.2004  
*J. Lemelbe*  
(Ortsbürgermeister)



Die als Satzung beschlossene 1. Änderung des Bebauungsplanes „Im halben Morgen“ (Teilaufhebung) ist am 15.01.04 gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntgemacht worden, mit dem Hinweis, dass der Bebauungsplan während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann. Mit dieser Bekanntmachung wurde die 1. Änderung des Bebauungsplanes

rechtsverbindlich.

Kell am See, den 24.01.2004  
*Armin*  
(Bürgermeister)



## -Rechtsgrundlagen-

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I Seite 2141, bereinigt 1998 I Seite 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.09.2001 (BGBl. I Seite 2376, 2396)
2. Verordnung über die bauliche Nutzung von Grundstücken (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I Seite 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbau land vom 22.04.1993 (BGBl. I Seite 466)
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (PlanzVO 90) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.12.1990 (BGBl. 1991 Seite 56) sowie die Anlage zur PlanzVO 90
4. Landesverordnung Rheinland-Pfalz (LBauVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.11.1998 (GVBl. Seite 365), zuletzt geändert am 06.02.2001 (GVBl. Seite 29)
5. Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.05.1990 (BGBl. I Seite 880), zuletzt geändert durch Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz am 27. Juli 2001 (BGBl. I Seite 1950)
6. Gesetz zur Neuordnung des Rechtes des Naturschutzes und Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften (BNatSchNeureG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.04.2002 (BGBl. I Seite 1193)
7. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 12.02.1990 (BGBl. I Seite 205) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 5. September 2001 (BGBl. I Seite 1950)
8. Landschaftspflegegesetz (LPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.02.1979 (GVBl. Seite 36), zuletzt geändert am 30.11.2000 (GVBl. Seite 504)
9. Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.12.1990 (GVBl. Seite 11), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 09.11.1999 (GVBl. S. 407)
10. Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 31.01.1994 (GVBl. Seite 153), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 30.11.2000

Entwurf  
(Juli 2003)